Vossische Zeitung

28. I. 1919

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Die deutsch-österreichische Währungsfrage.

Eigener Drahtbericht.

Wien, 27. Januar.

Die Währungsfrage wird für Deutsch-Oesterreich eine von Tag zu Tag ernstere. Daß die südslawische Regierung Dinarbanknoten bereits in Paris für die Auswechslung gedruckt hat, und daß die Tschechen ebenfalls einen Währungswechsel beabsichtigen, kann auch von dem größten Optimisten nicht mehr bestritten werden. Zwar bestritt der tschechische Finanzminister Raschin, daß die Gerüchte über eine Banknotenabstempelung in der tschecho-slowakischen Republik wahr seien, man werde dem Beispiel Jugoslawiens nicht folgen. Immerhin, so heißt es heute in der Darstellung des „Vecer", sei zu erwarten, daß das tschecho-slowakische Papiergeld so bezeichnet werden wird, daß es sich von dem deutsch-österreichischen und ungarischen Gelde unterscheidet, und daß so eine Einfuhr von Geld aus den Nachbarstaaten unmöglich gemacht wird. Die schließliche Regelung der Währungsfrage wird nach Beendigung der Pariser Verhandlungen erfolgen. Ob nun das Geld abgestempelt oder sonstwie gekennzeichnet wird, ist wohl eine Nebensache. Raschin wies darauf hin, daß der Währungswechsel nur dann möglich ist, wenn er genau so plötzlich und unerwartet erfolgt, wie es in Jugoslawien der Fall war. Daß bereits der Uebergang zur Frankwährung beschlossen ist, daß er mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank brechen wird, geht auch aus seiner Aufforderung vom 23. Januar hervor, nach welcher sämtliche fremden Valuten der neuen tschechischen Devisenzentrale, der Giro-Bank in Prag, abzuliefern sind. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat mit dem gleichen Tage aufgehört, die Devisenzentrale für den tschechischen Staat zu sein. Die „Neue Freie Presse" veröffentlichte gestern einen Beitrag des Staatssekretärs a. D. Ludwig Beck, dem ungarischen Regierungskommissar bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank, in dem es mit Hinweis auf die Notenabstempelung in Jugoslawien und die tschechischen Maßregeln heißt:

„Die Vorbereitungen für die Aufstellung der selbständigen ungarischen Notenbank sind aus dem Stadium der Konzeption bereits in die Bahn der Verwirklichung gelenkt, und nichts wird im Wege stehen, wenn es die Verhältnisse erheischen, in näherer Zukunft unsere Notenbank auch aufzustellen. Darauf müssen wir uns um so mehr vorbereiten, weil die sachverständigen Faktoren sie immer nachdrücklicher fordern. Man wird neben der selbständigen ungarischen Bank eine Zeitlang auch die Oestereichisch-ungarische Bank aufrecht erhalten müssen, und zwar einerseits bis zum Ablauf des Privilegiums (Ende 1919), damit die Bank ihr Notenemissionsrecht auszuüben vermag, anderseits auch nach dem Jahre 1920 bis zu dem Zeitpunkt, an welchem sie ihre Geschäfte auf Grund einer Verständigung mit den übrigen Staaten liquidieren kann."

Diese Ausführungen Becks, welche zeigen, daß auch Ungarn von der gemeinsamen Währung abzuspringen entschlossen ist, kamen gleichzeitig mit dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1918 (vergl. Nr. 49 der „Voss. Ztg.") zur Kenntnis. Der Abschluß zeigt, daß der Banknotenumlauf noch beträchtlich größer war, als angenommen wurde. Er erreichte 35.5 Milliarden. Welch furchbare Wirtschaft das Jahr des Verfalles herbeigeführt hat, geht daraus hervor, daß 1917 der Notenumlauf erst 17.1 Milliarden erreichte und sich somit in 12 Monaten mehr als verdoppelt hat. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank die Kriegsanleihe bis zu 75 pCt. belehnt und bei der wachsenden Unsicherheit die dem Staate geliehenen Gelder zum größten Teil zurückerstatten mußte, und daß dabei die Privatbanken, welche ihrer Kundschaft nur eine geringere Belehnung gewährten, selbst die österreichsche Bank nötigten, ihnen den Restbetrag auf die stornierten Anleihepapiere bis zu 75 pCt. zu niedrigen Zinssätzen auszuzahlen. Wie sich das Finanzministerium in Wien gegen die drohende Gefahr — in ein paar Monaten vielleicht mit der Kronenlast der alten Monarchie allein dazustehen — schützen wird, ist die brennendste Frage des Tages. Nur die schleunige Vorbereitung der Markwährung wird Deutsch-Oesterreich vor einer Katastrophe bewahren können.